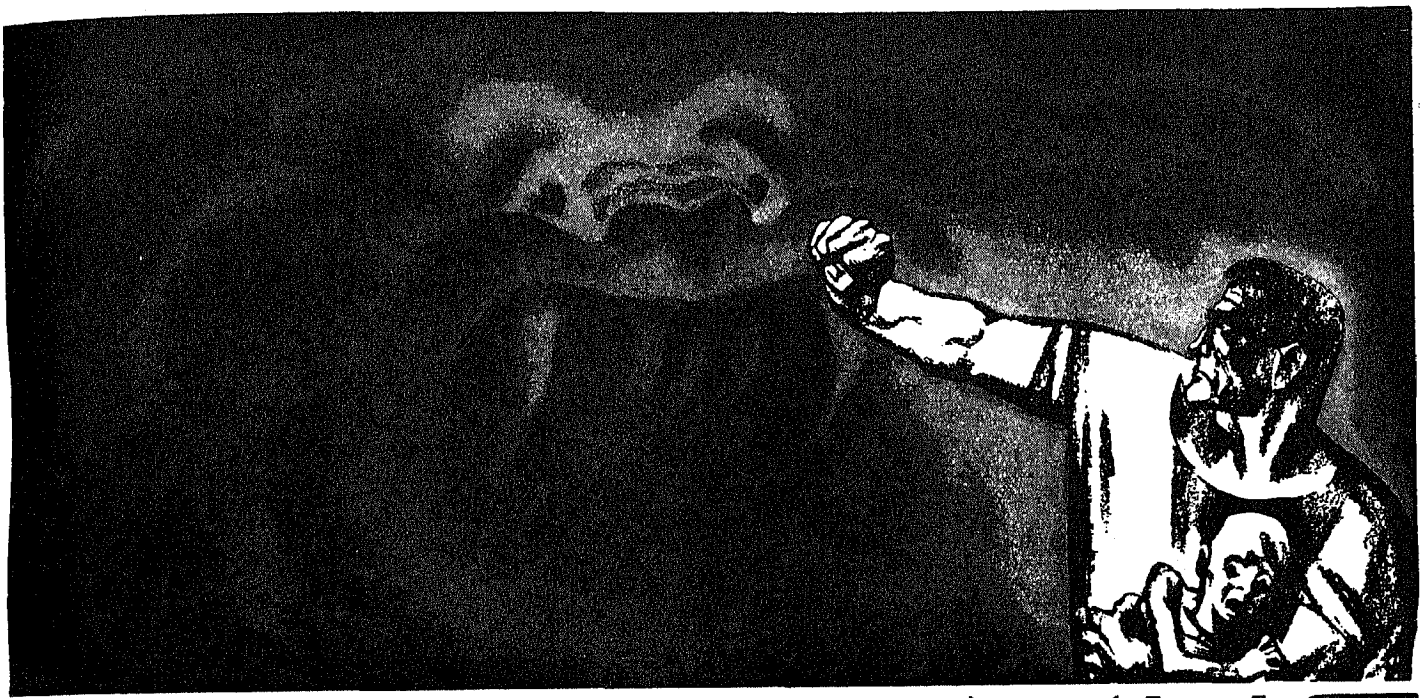

FASCHISMUS

ORGAN DER INTERNATIONALEN TRANSPORTARBEITER-FÖDERATION

ERSCHEINT ALLE 14 TAGE IN DEUTSCH, FRANZÖSISCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, SPANISCH, HOLLÄNDISCH UND AUSZUGSWEISE AUCH IN ESPERANTO. DER BEZUGSPREIS BETRÄGT HFL. 4.- JÄHRLICH (FÜR MITGLIEDER DER DER I.T.F. ANGESCHLOSSENEN VERBÄNDE UND FÜR ARBEITERORGANISATIONEN HFL. 2.—). BESTELLUNGEN WERDEN ENTGEGENGENOMMEN: VONDELSTRAAT 61, AMSTERDAM, WEST.

No. 7

Amsterdam, den 3. April 1937

5. Jahrgang

Wenn Diktatoren von Frieden reden...

(ITF) Der italienische Marschall de Bono, den Gewerkschaftern aller Länder als Mitschuldiger an der Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Matteotti bekannt, hat soeben in dritter Auflage ein Buch über die Vorbereitung des italienischen Raubzugs gegen Abessinien erscheinen lassen. ("La Preparazione e le prime operazioni", Roma, 1937). Die Tatsachen und Briefe, die de Bono veröffentlicht, zeigen nicht nur, wie zielbewusst die faschistische Diktatur den Krieg vorbereitete, sie bestätigen zugleich erneut, dass Friedensreden der Diktatoren zur Verschleierung ihrer Kriegsvorbereitungen gehalten werden. Schon 1933, berichtet de Bono, "hatte sich Mussolini eine klare Vorstellung davon gemacht, dass die Frage (des Ueberfalls auf Abessinien) nicht später als 1936 gelöst sein müsse" (Seite 8). Am 30. Dezember 1934 verfasste Mussolini dann persönlich "Richtlinien und Aktionspläne zur Lösung der italienisch-abessinischen Frage", Richtlinien zur Vorbereitung des Ueberfalls auf Abessinien (Seite 79), die streng vertraulich, in nur 5 Exemplaren den Militärs zugingen. In der Oeffentlichkeit aber beteuerte Mussolini seine Friedensliebe: "Niemand wird der (italienischen) Regierung... den a u f r i c h t i g e n Wunsch nach Frieden absprechen können" (Manöverrede vom 25. August 1933 - Stefani) Und noch unverfrorener erklärte er (am 18. März 1934 in Rom) "die historische Mission Italiens liegt in Afrika und in Asien... Es handle sich nicht um territoriale Eroberung, sondern um eine... Zusammenarbeit zwischen Italien und den Völkern Afrikas und des Ostens" (Times vom 19.III.1934).

So lange wie möglich sollte das faschistische Italien als Friedensmacht erscheinen, das Opfer sollte zu Unüberlegtheiten provoziert werden. Erst als sich erwies, dass Abessinien sich nicht provozieren liess, entschloss sich der faschistische Diktator zum offenen Ueberfall. Am 13. Februar 1935 schrieb er de Bono, der inzwischen als Militärgouverneur nach Eritrea gegangen war: "Die Indizien und die abgefangenen Nachrichten deuten darauf hin, dass der Negus nicht die Initiative zum Zusammenstoss ergreifen will... Wenn der Negus nicht

die Absicht hat, uns anzugreifen, dann müssen wir selbst die Initiative ergreifen.....im Hinblick auf mögliche internationale Auseinandersetzungen. (Völkerbund etc.) ist es gut, das Tempo zu beschleunigen". (Seite 80/81).

"Aus diesen Auszügen aus den Briefen und Telegrammen geht klar hervor", bemerkt de Bono, "dass unser Programm radikal verändert wurde. Vom Plan einer angeblichen Verteidigung, der eine Gegenoffensive folgen sollte, musste man zu einer offensiven Aktion übergehen" (Seite 81).

Verträge mit Nazis ein Fetzen Papier

(ITF) Der Vatikan hat im Frühsommer 1933 mit den Nationalsozialisten ein Konkordat abgeschlossen und dadurch der Hitlerdiktatur zum ersten aussenpolitischen Prestigeerfolg verholfen. In seinem Sendschreiben (Encyklika) "über die Lage der katholischen Kirche in Deutschland" muss Papst Pius XI jetzt öffentlich feststellen, dass die Hitlerdiktatur den Konkordatsvertrag wie einen Fetzen Papier behandelt hat: "Jeder, der sich in seiner Seele noch einen Rest Empfänglichkeit für die Wahrheit, in seinem Herzen noch einen Schatten Gerechtigkeitsgefühl bewahrt hat", schreibt der Papst, "wird mit Befremdung und tiefstem Abscheu feststellen müssen, wie von der Hitlerdiktatur [1] das Falschauslegen des Vertrages, das Aushöhlen des Vertrages und schliesslich die mehr oder minder öffentliche Schändung des Vertrages zu einem ungeschriebenen Gesetz des Handelns gemacht wurden" (nach dem in der katholischen Tageszeitung "De Tijd" vom 24.III.37 veröffentlichten Wortlaut.)

Nazispitzel in allen Betrieben

(ITF) Eisenbahner, Seeleute, Kraftfahrer, Monteure, Arbeiter und Angestellte aller Branchen, die aus beruflichen Gründen gelegentlich ins Dritte Reich müssen, tun gut daran, darauf zu achten, ob in dem Betrieb, in dem sie in ihrer Heimat arbeiten, Nazispitzel ihr Unwesen treiben. Denn das Dritte Reich baut seinen riesenhaften Spitzelapparat weiter aus. In Berlin besteht die Absicht, jeden im Ausland beschäftigten Reichsdeutschen zu zwingen, regelmassig über die Vorgänge an seiner Arbeitsstelle nach Berlin zu berichten.

Im "Berner Bund" (No. 134 vom 21. März) berichtet ein ausgezeichnet informierter Auslandsdeutscher über diese Pläne: "Für die Erfassung der Auslandsdeutschen sind künftig die diplomatischen und konsularischen Vertretungen des Reiches nicht nur zuständig, sondern sogar verantwortlich.

Der Bestand des Auslandsdeutschtums soll aufgenommen werden mit Hilfe einer Identitätskarte, von der ein Doppel in eine Zentralkartei in Berlin eingereiht wird. Wer sich innerhalb einer gewissen Frist nicht um die Karte bewirbt, verliert den Anspruch auf einen Pass und schliesslich die Staatsangehörigkeit. Ebenso wer die dafür geforderten Angaben verweigert: warum noch in keinem (Nazi-)Verein, warum nicht in der N.S.D.A.P. angeschlossen, militärische Ausbildung, Arbeits- und Einkommensverhältnisse usw. Man sprach sogar von einer Verpflichtung zu halbjährlicher Berichterstattung (über Berufsarbeit und allgemeine Beobachtungen) an bestimmte Stellen... Die Berichte reisen mit dem diplomatischen Kurier..." (Die Berichterstattung aus den Betrieben ist vorläufig zurückgestellt worden.)

Druck auf die reichsdeutschen Arbeiter und Angestellten. "Erste Sorge ist die Heranziehung der einzelnen Passinhaber und derer, die dies bleiben wollen, zu den Veranstaltungen der gleichgeschalteten Vereine, zu den Gruppen der Arbeitsfront usw., die ihrerseits Fischteiche der Partei sind." Der Druck auf die im Ausland Arbeitenden soll verstärkt werden. "Jeder Deutsche im Ausland werde sich eine der zugelassenen Parteizeitungen halten" müssen.

"Schon (heute) hört man in den deutschen Kolonien überall Beschwerden über Angeberei und Bespitzelung durch die lieben "Volksgenossen". Immer häufiger kommt es vor, dass nach Deutschland einreisende Deutsche von der Gestapo verhört und verwarnt werden wegen Äusserungen, die sie angeblich im Ausland getan haben...

Politische Einmischung?-- Beileibe nicht, so wenig wie die Entsendung von Freiwilligen und Kriegsgerät nach Spanien eine militärische Einmischung ist".

---

1) im Wortlaut: "von der anderen Seite", vom Nazi-Vertragspartner, Red.

In einigen Staaten wird allerdings Werbung für Vereine durch Androhung persönlicher oder wirtschaftlicher Nachteile gesetzlich verboten.

Sport als Propaganda. (ITF) Sport ist in Deutschland immer mehr zu einer Angelegenheit nationalsozialistischer Propaganda geworden. Nachdem die Olympiade vorbei ist, wird das nicht einmal mehr vertuscht. Künftig m ü s s e n die etwa 25 000 "Dietwarte", die für die "weltanschauliche" Leitung des Reichsbundes für Leibesübungen verantwortlich sind, besondere Kurse mitmachen, damit durch ihre Arbeit erreicht wird, "dass die Turn- und Sportvereine des Reichsbundes deutscher Leibesübungen geeignete Zellen für die praktische Untermauerung der weltanschaulichen Erziehungsarbeit der NSDAP" werden. (Frankfurter Zeitung, No. 137/38 vom 16. März 1937). Sportvereine, die noch immer mit Nazi-Sportvereinen Beziehungen unterhalten, wissen also, woran sie sind.

Arbeiter gegen die Kriegshetzer. (ITF) "Der Ruhrarbeiter", das einzige Wochenblatt der Arbeitsfront, das nicht unter Vorzensur der Berliner Zentrale erscheint, veröffentlicht (in der zweiten und dritten Märzausgabe einige Abschnitte aus Protestbriefen seiner Leser. Diese Auszüge geben eine Vorstellung vom Widerstand breiter Arbeiterschichten gegen die Nazi-Kriegshetze.

Solidarität mit den spanischen Arbeitern. Ein grosser Teil der deutschen Arbeiter fühlt sich mit den spanischen Freiheitskämpfern solidarisch, die Protestbewegung gegen das Entsenden deutscher Truppen zur Unterstützung der spanischen Rebellen zieht breitere Kreise. "Es wird fortwährend von allen Zeitungen von Rotmordbrennern in bezug auf Spanien geschrieben", schreibt ein Arbeiter dem "Ruhrarbeiter". "Das ist nicht gut, denn jeder ausgebeutete, entrechtete Arbeiter hält das für eine Beschimpfung von sich." Das Blatt der Arbeitsfront wagt dem Einsender nicht zu widersprechen. Es nimmt sogar die Feststellung, dass es nach vier Jahren Nazi-"Volksgemeinschaft" im Dritten Reich "ausgebeutete und entrechtete Arbeiter" gibt, unwidersprochen hin. (Ruhrarbeiter, dritte Märzausgabe).

Gegen die Russlandhetze des Propagandaministeriums wenden sich die Arbeiter in ihren Briefen an den "Ruhrarbeiter" nicht minder scharf. Die gewerkschaftlich geschulten Arbeiter wissen, dass die zügellose Nazi-Hetze gegen die Sowjetunion die deutschen Arbeiter für einen "heiligen Krieg" gegen Russland reif machen soll. Die Friedenssehnsucht hält die Kritik wach. Als "der Ruhrarbeiter" einen Propagandaartikel der Berliner Zentrale veröffentlichte, in dem erklärt wurde, dass die Arbeiter in Russland hungern, protestierte ein Arbeiter: "Da wird gesagt, dass ein Arbeiter in Russland 100 Franken = 12 Reichsmark, Spezialisten 300 Rubel = 300 Franken = 36 Reichsmark verdienen... Wenn man bedenkt, dass ein Wohlfahrtsempfänger in Deutschland (im Ruhrgebiet! Red.) 34 Reichsmark erhält und bestimmt in ein paar Jahren vor Elend zugrunde ginge, wenn er sonst nichts mehr hinzubekäme, so kann es nicht möglich sein, dass ein Arbeiter in Russland die Arbeit vollhalten (= arbeitsfähig bleiben, Red.) kann, wenn er für seine Familie nur 36 oder gar nur 12 Mark im Monat erhält. . Da muss etwas nicht stimmen. Zunächst kann man doch nicht sagen: 100 Rubel = 100 Franken = 12 Mark. Jedenfalls kann man mit 100 Franken in Frankreich mehr Waren kaufen als in Deutschland mit 12 Mark." Eine noch deutlichere Feststellung der Entwertung der Mark ist bei der scharfen Zensur in Deutschland kaum möglich.

Derartige tolle Übertreibungen, erklärt der Einsender, seien Wasser auf die Mühlen der Leute, "die sagen, dass alles Lüge wäre, was (von den Nazis - Red.) über Russland geschrieben wird, denn dass ein Industriearbeiter in Deutschland mit 12 Mark nicht existieren kann, das ist mir klar, auch nicht in Russland, und das Verhältnis muss also anders sein... Das Sprichwort ist immer noch richtig: wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht..."

Die Redaktion erklärt, dass sie "mit einem einigermassen dicken Kopf dasteht", sie gibt zu, dass nach dem amtlichen Kurs ein Rubel 4 französische Franken wert ist und nicht nur einen. Sie stottert eine spaltenlange Verteidigung ihrer "antibolschewistischen" Behauptungen zusammen. Aber am Ende schreibt sie resigniert: "Wir glauben...nicht, dass die vorstehenden Zeilen in der Lage sind, noch "auf der Kippe stehende" Volksgenossen zu überzeugen"! Um jedoch die Scharte wieder auszuwetzen, veröffentlicht sie in der gleichen Nummer einen neuen Hetz-Artikel, dieses Mal über den Terror in Russland. In Fragen des Terrors aber sind dank der Schule der deutschen Gestapo die Arbeiter

sachverständig. Eine Woche später muss der "Ruhrarbeiter" wieder die Korrektur eines Lesers veröffentlichen: "In dem Artikel: Jüdische GPU-Foltermethoden hiess es: "Dann wurde ich an die Wand gestellt, wo ich kerzengerade stehen musste mit aufgehobenem Gesicht. So habe ich 7 Tage und 7 Nächte gestanden, andere hat man sogar 21 Tage stehen lassen. -- .. Bringt das ein ausgeruhter Mensch fertig?"

"Nein, das kann man nicht, noch viel weniger kann das aber ein ausgemergelter Mensch. Diese Feststellung möchten wir ihm bestätigen", erklärt die Redaktion der Arbeitsfrontzeitung,.... Aber das sei "eben nicht wörtlich aufzufassen"....

"Weiter sagt unser Leser, dass dauernd gesagt wurde, dass man auch in Deutschland mit den politischen Gefangenen nicht besser umgeht als die Russen mit den ihren". Etwas zu aufgeregt dementiert das Arbeitsfrontblatt "wer das sagt, der lügt ganz infam. Wir haben uns eingehend (bei den Folterknechten der Gestapo! Red.) erkundigt, und dabei klipp und klar festgestellt, dass Misshandlungen politischer Gefangener in Deutschland nicht vorkommen." Das wissen die Arbeiter nun besser."Der Ruhrarbeiter" versucht deshalb gar nicht zu überzeugen, er droht! "Wenn hier und da mal ein politischer Sträfling einen Schlag mitbekommt, so hat er sich das meistens selbst zuzuschreiben, weil er vorher frech und aufsässig war", schreibt die Redaktion zynisch.

Dem "Ruhrarbeiter" wurde die Veröffentlichung dieser Briefe übelgenommen, er wurde zur Ordnung gerufen. Er musste sich verteidigen: "Unsere Leser wollen eine Zeitung haben,... in der sie nicht vor den Bauch getreten oder angeschnauzt werden", schreibt der Chefredakteur entschuldigend. Man müsse bedenken, dass die Nazipartei "wendig (!) in ihren Mitteln zur Volksführung" sei. Die Nazipresse sollte nicht auf "doktrinäre und auch nicht robuste und grobe Art" schreiben. "Diese Robustheit,.. das ist Aufgabe... der SA und SS"! (vierte Marzausgabe).

Auf diese Warnung an die Leser folgt ein umfangreicher Brief, der angeblich von einem Arbeiter stammt, aber durch die gekünstelte "Arbeitersprache" als Verfasser einen unfähigen Büro-Agitator verrät. In dieser Stilübung wird nicht mehr versucht, sich sachlich mit den Leserbriefen auseinander zu setzen, sondern plump gedroht: "Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Schreiber der einzelnen Fragen noch ein alter Marxist ist. Ist er aber Nationalsozialist, dann ist er noch schlimmer als ein Marxist".

Mit dieser unmissverständlichen Drohung wurde die Diskussion abgebrochen.

Bomben und Profite.

(ITF) "Viele Unternehmer wären bereit, höhere Löhne zu zahlen, um überhaupt Facharbeiter zu bekommen", schreibt der "Völkische Beobachter" (in Nr. 80 vom 21. März). Aber "der (national"sozialistische", Red.) Staat ist dem entgegengetreten". Denn "wenn die Löhne erhöht würden.. würde die gesamte Lohnerhöhung mit einer ganz geringen Ausnahme über den Ladentisch.. wandern.. und zwar würde sie ausgegeben werden..für mehr Nahrungsmittel in besserer Qualität, Kleidung und Schuhe, und endlich für höhrere Miete einer besseren Wohnung. Aber gerade diese Nahrungsmittel, die Kleidung und Schuhe und die Wohnungen haben wir nicht" -- sie müssten hergestellt oder eingeführt werden. Aber im Dritten Reich wird für den Krieg und die Vernichtung und nicht für den Bedarf der Massen produziert, die Produktion der **zivilen** Industrie wird gedrosselt. Eingefuhrt werden in erster Linie Rohstoffe für die Kriegsindustrie. Die Lebensmitteleinfuhr wird nach Möglichkeit gedrosselt, die breiten Massen werden zum Darben gezwungen, um der Kriegsindustrie den Import von Rüstungsrohstoffen zu ermöglichen. Die Preise der knapp gewordenen Lebensmittel steigen mit ihren durch die Entwertung der Mark entwerteten Krisenlöhnen können die Arbeiter die Schleichhandelspreise nicht bezahlen. Das gerade wollen die Nazis, denn dadurch sinkt der Verbrauch und der Einfuhrbedarf. Deshalb werden die Löhne nach Möglichkeit noch unter Krisenniveau gesenkt.

Den Vorteil haben Staat und Unternehmer. Für den Staat bedeuten Hungerlöhne billigere Rüstungen, für die Unternehmer steigende Profite. Der "Völkische Beobachter" kann denn auch berichten, dass im"Dritten Reich der Volksgemeinschaft" "vielfach in der Wirtschaft **gross (!)** verdient wird" (Nr. 85 vom 26. März) .

"Der Dank des Vaterlandes".

(ITF) " In den mittleren und kleineren Betrieben (des Dritten Reiches) wollen die Klagen der Kriegsbeschädigten nicht verstummen,weil man diesen Männern,die einstmals ihr Gut und Blut für Volk und Vaterland hin-

gaben, nur wenig oder gar kein Verständnis entgegenbringt". (Wresinski, stellvertretender Gauschulungswalter der westfalischen Arbeitsfront, im "Ruhrarbeiter", dritte Märzausgabe 1937).

Facharbeiterschulung für den Krieg.

(ITF) "Wer militärisch schlagkräftig sein will, muss über einen für mannigfache Kriegszwecke jederzeit einsetzbaren, breiten Facharbeiterstamm verfügen", erklärt der führende deutsche "Wehrwirtschaftler", Major Hesse, (am 25. März 1937) im Sprachrohr Dr. Schachts, dem "Deutschen Volkswirt".

"Der Bedarf an technischem Personal seitens der drei Wehrmachtteile (Landarmee, Luftflotte, Marine) ist bereits heute ein ausserordentlicher und wächst angesichts der fortschreitenden Technisierung (Motorisierung) weiter... Bei Beginn eines Krieges wird... eine sechsmal höhere Zahl an Facharbeitern als gegenwärtig" allein für die technischen Truppen benotigt werden.

Gleichzeitig steigt bei Kriegsbeginn der militärische Menschenbedarf derartig, "dass der wehrtaugliche männliche Facharbeiter auch in dringenden Fällen der Wirtschaft nicht belassen werden kann". "Unentbehrlicher Facharbeiter ist nur derjenige, der nicht innerhalb einer bestimmten Frist -- als solche setzen wir hier generell 12 Monate -- ersetzt werden kann".

Um der Armee rasch den "jederzeit einsetzbaren, breiten Facharbeiterstamm" zu schaffen, fordert der Major, dass "jeder Arbeiter und Angestellte neben seinem eigentlichen Beruf, sofern er nicht kriegswichtig ist, für die Ausübung eines zweiten angelernt wird, in dem er unter Umständen im Kriegsfall Verwendung findet."

Die Vorschläge des Majors Hesse werden bereits verwirklicht, die deutschen wehrwirtschaftlichen Publikationen stellen häufig bereits erprobte Massnahmen als vage Plane dar. Seit etwa einem halben Jahr ist ganz Deutschland in "Wehrwirtschaftsbezirke" eingeteilt, die zentral dem Chef des Wehrwirtschaftsstaabes im Kriegsministerium unterstellt wurden. In jedem Wehrwirtschaftsbezirk reisen Kommissionen, die aus je einem Offizier und einem Ingenieur bestehen, von Betrieb zu Betrieb, besichtigen den Maschinenpark, und lassen den Betriebsleiter einen umfangreichen Fragebogen beantworten. Dem Betriebsleiter wird dieser Fragebogen nicht ausgehändigt, der Offizier liest ihm die Fragen vor und der Ingenieur tragt die Antworten ein. Der ausgefüllte Fragebogen geht dann an die "Wehrwirtschaftsbehorden" und diese entscheiden, ob der Betrieb als kriegswichtig gilt oder nicht. Gilt der Betrieb als kriegswichtig, dann werden ein bis zwei militärische Vertrauensleute in den Betrieb entsandt und die Arbeiter und Angestellten unter Kriegsrecht gestellt, das bedeutet vor allem: Aufhören der Freizügigkeit und schärfste Bedrohung bei Lohnforderungen.

Auch "Umschulungskurse" werden auf Kosten der Arbeitsfront und aus Mitteln der "Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung" vor allem für jüngere Arbeiter veranstaltet. Der grösste Teil dieser Umschulungskurse bildet für den zweiten, den Kriegsberuf, aus. Die Angehörigen der zum"Umschulungskurs" Kommandierten sind meist auf die Armenunterstützung der Gemeinden angewiesen.

Opfer des Vierjahresplans.

(ITF) Aus Berliner Grossbetrieben werden Massenerkrankungen der mit mechanischer Metallbearbeitung Beschaftigten gemeldet. Das bisher verwandte Bohröl ist durch Ersatzstoffe ersetzt worden, die schwere Hauterkrankungen hervorrufen. An den Händen zeigt sich ein schmerzhafter Ausschlag, die Arme werden angefressen, Arbeiter, die mit offenem Hemd arbeiten, haben Ekzeme auf der Brust. Auch Leder wird von diesem Ersatz-Bohröl ruiniert. In den Arbeitervierteln weigern sich die Schuhmacher, Schuhwerk, das Bohrölspritzer aufweist, überhaupt noch zu reparieren.

So sieht's im deutschen Bergbau aus.

(ITF) "Die(deutschen) Bergleute halten ihre Söhne davon ab, Bergmann zu werden" berichtet "Der Angriff", die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront und gibt gleich eine Erklärung dafür: "Die durch die starken Aufträge in den letzten Jahren bedingte Mehrproduktion hat sich leider so ausgewirkt, dass von den Grubenangestellten, die wieder durch die Betriebsfuhrungen getreten werden, "angetrieben" wird. Die Grubenangestellten sehen ihre Aufgabe nur darin, Vorgesetzte, Aufpasser und Antreiber zu sein....

Die im Bergbau eingeführten vielen Bussen und Strafen, die überflüssig und zumeist falsch angewandt werden", erregen starken Unwillen. "So werden oft einzelne Bergleute oder Kameradschaften mit Strafen belegt, weil die Wagen nicht richtig gefüllt zu Tage kommen. Durch das Rücken und Schütteln bei der Förderung ist Minderbeladung aber immer möglich." Durch dieses Strafsystem "werden die Bergleute zu unbezahlter Mehrarbeit gezwungen. "Der Angriff" teilt mit, dass eine oberschlesische Zeche, die verschiedentlich Strafen wegen Minderfüllung verhängte, im Jahr eine Plus-Förderung -- eine Förderung, die durch Mehrbeladung entsteht -- von über 2o 000 tons aufwies.

Nach der Tarifordnung für den Bergbau kann bei unentschuldigter Schichtversäumnis der Urlaub der Kumpels um einen Tag verkürzt werden. Laut Betriebsordnung steht dem Werkfuhrer das Redht zu, den Kumpel mit einer Busse bis zur Höhe des halben Schichtlohnes zu belegen. Die Zechen nehmen nun nicht etwa die niedrige Busse laut Betriebsordnung, sondern sind in vielen Fällen dazu übergegangen, beide (!) Bussen einzuführen.

Die Betriebsordnungen im Bergbau sind ein Kapitel für sich. Mit wenigen Ausnahmen sind sie alle gleichlautend; in ihnen überwiegen die Straf- und Bussbestimmungen..." ("Angriff" Nr. 65 vom 18.Marz 1937).

Die Kohlenbarone haben jahrelang den Kampf der Hitlerpartei gegen die deutschen Gewerkschaften finanziert. Jetzt ernten sie, jetzt pressen sie, von niemandem gehindert, die Bergarbeiter rücksichtslos aus. Ist es ein Wunder wenn die Bergleute ihre Söhne vor der Arbeitssklaverei in den deutschen Gruben warnen?

(Für die Red.: vergleiche "Faschismus" vom 17. Oktober 1936, Seite 182).

Überanstrengte Bäckerlehrlinge. (ITF) Seit dem 1. Juli 1936 ist im Dritten Reich das von der freien Gewerkschaft erkämpfte Nachtbackverbot praktisch beseitigt. Auch der Sonderschutz für Jugendliche existiert nicht mehr. Die Folgen zeigten sich rasch: im Bezirk Köln-Aachen wurden 1268 Bäckerlehrlinge von Ärzten untersucht. "Bei einem verhaltnismässig hohen Hundertsatz zeigten sich beruflich bedingte Gesundheitsstörungen und Leistungsschwäche". ("Angriff", Tageszeitung der Arbeitsfront, Nr. 71, vom 25. März 1937). (Für die Redaktionen: Vergleiche "Faschismus" vom 8. VII. 1936, Seite 146).

Margarine und Aschbecher. (ITF) Der Widerstand der deutschen Arbeiter äussert sich in den groteskesten Formen. In einem grossen Werk der Metallindustrie wird seit einiger Zeit besonders stark angetrieben. Die Akkorde wurden noch nicht verschlechtert, aber die Arbeiter fürchten, dass, sobald die dringendsten Rüstungsaufträge erledigt sind, die Akkorde neu abgestoppt werden. Da in bestimmten Abteilungen das Arbeitstempo von den Maschinen bestimmt wird, ist ein langsameres Arbeiten kaum möglich, die Arbeiter sind deshalb auf einen anderen Ausweg gekommen. Die 20 Sitzplätze und die 35 Stehplätze des stillen Örtchens sind seit einiger Zeit ständig besetzt. Damit es nicht zu langweilig wird, wird dort nach Kräften geraucht. Der Betriebsleiter erliess eine neue Verfügung,dass Rauchen auch auf dem stillen Ort verboten sei und ordnete an, dass jeder, der beim Rauchen betroffen wird, 75 Pfg. Geldstrafe zahlen müsse. Er kontrollierte selbst täglich mehrere Male den berühmten Ort und notierte die Gesetzesverächter. Die Arbeiter erklärten ihm aber, dass sie Opfer des Vierjahresplans seien, die Margarine sei neuerdings so schlecht, dass die Magennerven revoltierten, und unbedingt zur Beruhigung des Magens geraucht werden müsse. Das wäre unnötig, sobald die Betriebsleitung für bessere Margarine sorge.

Die Betriebsleitung wusste sich nicht zu helfen, sie machte gute Miene zum bösen Spiel und liess neben jedem Sitzplatz, ja sogar bei den Stehplätzen, Aschbecher anbringen und durch Lautsprecher die Belegschaft zur Benutzung dieser Aschbecher auffordern ..... was sich niemand zweimal sagen liess.

Freiwillig zahlt keiner. (ITF) Ab 1. April 1937 werden die Arbeitsfront-Beitrage aller in Reichsbetrieben und -verwaltungen beschäftigten Arbeiter und Angestellten bei der Lohn- und Gehaltszahlung einbehalten und direkt an die Arbeitsfront abgeführt. (Frankfurter Zeitung, 26. März, No. 156/7, Seite 4). Die Deutsche Arbeitsfront verpflichtet sich, den Reichsbehörden alle aus dieser Beitragseinziehung entstehenden Unkosten zu ersetzen. Sie zeigt dadurch, dass es ihr weniger auf eine Verwaltungs-

ersparnis ankommt, als darauf, endlich die Beitragssabotage ihrer in Reichsbetrieben und -verwaltungen beschäftigten Mitglieder zu brechen.

Massenverhaftungen in Wien. (ITF) Das Ergebnis der "Vertrauensmännerwahlen" hat der österreichischen Diktatur gezeigt, wie stark die illegalen freigewerkschaftlichen Organisationen in den Betrieben sind. Die Polizei erhielt daher Anweisung, erneut die Zerschlagung der illegalen Kaders zu versuchen. Da die Polizei aber nicht weiss, wer eigentlich die illegalen freigewerkschaftlichen Gruppen leitet, verhaftet sie -- trotzdem ihr bekannt ist, dass es Prinzip der illegalen Organisationen ist, nur Männer und Frauen mit Funktionen zu betrauen, die in der legalen Zeit nicht hervortraten und daher der Polizei nicht auffielen -- auf gut Glück Arbeiter und Angestellte, von denen sie weiss, dass sie bis 1934 Betriebsfunktionäre und Freigestellte der damals völlig legalen freien Gewerkschaften waren. So wurden Ende Januar die früheren Funktionäre der 1934 zerschlagenen freien Lebensmittelarbeitergewerkschaft Mantler, Krisch, Berka, Wenzel und Salzlechner, der frühere Jugendleiter der Bekleidungsarbeiter Trojan und der frühere Textilarbeiterfunktionär Haase verhaftet. Einige Tage später wurden 24 ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre eingeliefert, unter ihnen der frühere Sekretär des Bundes der Industrieangestellten Otto Horn.

Das Schicksal einer illegalen Zeitung. (ITF) Der Faschismus unterscheidet sich von dem alten Absolutismus durch die Mittel der Massenbeherrschung. Er beherrscht die Massen nicht nur, wie es der alte Absolutismus getan hat, mit den Gewaltmitteln des Staates. Er stellt auch die Presse, den Rundfunk, den Film, grosse Massenorganisationen in seinen Dienst, um sich die Massen geistig untertan zu machen.

Auch in Österreich gibt die katholische Diktatur Zeitungen heraus, denen die besondere Aufgabe gestellt ist, die Arbeitermassen der klerikо-faschistischen Diktatur zu gewinnen. Sie hat sich Zeitungen, die von der Sozialdemokratischen Partei gegründet worden waren und ihr gehört haben, wie das "Kleine Blatt" und die "Arbeiter-Woche" in Wien, das "Tagblatt" in Linz, die "Volkszeitung" in Innsbruck angeeignet, sie "gleichgeschaltet" und gibt sie weiter heraus, um ihre proletarischen Leser für das klerikofaschistische Regime zu gewinnen. Sie hat überdies eine ganze Reihe neuer grosser Zeitungen, vor allem die Presse der von ihr begründeten "Einheitsgewerkschaft" zu demselben Zwecke gegründet. Seit dem 11. Juli 1936 ist in Österreich auch der Vertrieb einiger reichsdeutscher Nazi-Zeitungen erlaubt. Sie haben eine sehr starke Verbreitung gefunden. Die Essener "National-Zeitung", das persönliche Organ Görings, dürfte in Österreich heute stärker verbreitet sein als jede der grossen Wiener Zeitungen. Ausserdem geben die Nazis noch illegale Zeitungen in beträchtlichen Auflagen heraus.

Der klerikofaschistisch-monarchistischen Presse und der Nazipresse mussten die österreichischen Sozialisten ihre Presse entgegenstellen. Während aber die klerikal-monarchistische Regierungspresse und die reichsdeutsche Nazipresse in Österreich legal verbreitet werden können, kann die sozialistische Presse nur illegal erscheinen.

Das wichtigste Organ der österreichischen Sozialisten ist die Arbeiter-Zeitung. Unmittelbar nachdem Dollfuss im Februar 1934 die Wiener "Arbeiter-Zeitung" verboten hatte, wurde die Arbeiter-Zeitung als Wochenblatt auf tschechoslowakischem Boden in Brünn herausgegeben. Wenige Tage nach der blutigen Niederwerfung des Februaraufstandes brachten Schutzbündler 18 000 Exemplare der ersten Nummer der Brünner Arbeiter-Zeitung nach Österreich. Sehr bald erreichte die Arbeiter-Zeitung eine unter illegalen Verhältnissen unerhörte Auflage. Im Sommer 1934 wurden in Österreich wöchentlich 53.000 Exemplare der Arbeiter-Zeitung illegal verbreitet.

Diese Massenauflage war allerdings nur möglich, weil ein grosser Teil dieser Auflage in Österreich selbst gedruckt wurde. Während die österreichischen Gendarmen die tschechoslowakische Grenze besetzten, um den Transport der Brünner "Arbeiter-Zeitung" nach Österreich zu unterbinden, waren in ihrem Rücken auf österreichischem Boden die Druckerpressen in Bewegung, auf denen treue und tapfere Genossen die Arbeiter-Zeitung herstellten.

In den Jahren 1935 und 1936 musste der Vertrieb der Arbeiter-Zeitung auf österreichischem Boden allerdings nicht unbeträchtlich eingeschränkt werden. Es wurde immer schwieriger und gefährlicher, die Arbeiter-Zeitung in Österreich zu drucken, und die furchtbaren Strafen,

die über die Verteiler der "Arbeiter-Zeitung" verhängt wurden -- 5 Jahre Kerkers für die Verbreitung einiger Zeitungsblätter! -- zwangen zur Anweisung, dass die Arbeiter-Zeitung nur an persönlich bekannte, verlässliche Genossen verkauft werden dürfe. Aber trotzdem wurden bis in die jüngste Zeit in jeder zweiten Woche zehntausende Exemplare der Brünner "Arbeiter-Zeitung" in Österreich abgesetzt.

Die österreichische Regierung mobilisierte ihren diplomatischen Apparat. Sie führte in Prag immer wieder Beschwerde darüber, dass die "Arbeiter-Zeitung" aus der Tschechoslowakei nach Österreich eingeschmuggelt werde. Man weiss, wie sich die politische Lage der tschechoslowakischen Republik seit der Aufrüstung Deutschlands, wie sich die politischen Verhältnisse im Donauraum seit dem Abschluss der Römischen Protokolle verändert haben. Die tschechoslowakische Regierung wollte das Hindernis beseitigen, das einer Verbesserung ihrer Beziehungen zu dem benachbarten Österreich im Wege zu stehen schien. Die Folge ist, dass die Arbeiterzeitung auf tschechoslowakischem Boden nicht mehr erscheinen kann. Sie wird vom April an in Paris erscheinen.

Die österreichischen Sozialisten haben daher schon seit Wochen Vorbereitungen getroffen, um die Arbeiter-Zeitung, auch wenn sie nicht mehr aus der Tschechoslowakei nach Österreich gebracht werden kann, der österreichischen Arbeiterklasse zu erhalten. (Aus den "Mitteilungen" des Älös).

Löhne-Dividenden-Krukenkreuz. (ITF) Das unter der Zensur der katholischen Diktatur erscheinende "Linzer Volksblatt" berichtet (Nr. 30 vom 6.II.1937) über die Lage in der österreichischen Baumwollindustrie:

"Die dort gezahlten Löhne gehören zu den niedrigsten. Professionisten (Facharbeiter) kommen im besten Falle auf einen Wochenlohn von 48 Schilling. Hilfsarbeiterinnen auf 25 Schilling Durchschnittslohn. (25 Schilling etwa 20 sfr.)

Bei einem Betriebe dieser Branche betrugen die Regiespesen (Betriebsunkosten) im Jahre 1935 rund 750.000 Schilling. Darin sind wohl auch alle Löhne inbegriffen. Bei Gesamteinnahmen von rund 1,8 Millionen Schilling betrug der Reingewinn des Unternehmens annähernd 500.000 Schilling, also ... sicherlich nicht weniger, sondern eher mehr als die gesamte Lohn- und Gehaltsumme der Arbeiter und Angestellten. Das Unternehmen beschäftigt rund 1800 Personen, zu deren Unterhalt also beiläufig ebensoviel ausgegeben wird wie zur Zahlung der Dividende und der Tantieme. Das Kapital, das die Aktionäre dort eingezahlt haben, trug zuletzt eine Verzinsung von zehn Prozent... Die sieben Mann Verwaltungsräte des Unternehmens konnten ausserdem jährlich bis zu 50.000 Schilling mitsammen als Tantieme einstreichen"-- sie zahlen sicher den faschistischen Verbänden der katholischen Diktatur grosszügige Spenden

Preissteigerung wird fortgeraubert (ITF) In den Grossbetrieben Österreichs fordern die Arbeiter immer nachdrücklicher eine der Teuerung entsprechende Erhöhung der Löhne. Die katholische Diktatur sucht die Arbeiter zu beschwichtigen, sie behauptet, die Teuerung sei zum guten Teil Einbildung und um das zu beweisen, lässt sie den Lebenshaltungskosten-Index fälschen. So versichert das "Bundesamt für Statistik", dass die Margarinepreise im Januar nicht über denen vom Dezember lagen. Aber "nach den wöchentlich vorgenommenen Erhebungen der an die (faschistische Wiener) Arbeiterkammer berichtenden Hausfrauen ist der Margarinepreis von S 1,87 je Kilo im Dezember 1936 auf S 1,98 im Januar 1937 gestiegen. Das stimmt auch mit sonstigen Beobachtungen überein. Das Wiener Marktamt weist für die Woche ab 10. Januar 1937 eine Verteuerung des Kleinhandelspreises für Wirtschaftsmargarine von S 1,50 bis S 2.00 auf S. 1,68 bis S. 2.00 je Kilo aus. Damit ist die Preiserhöhung der Margarine im Kleinhandel bestätigt." (Der österreichische Volkswirt, vom 20.3.37.) Das der Diktatur gefällige Statistische Amt aber erklärte, als es von der Wiener Handelskammer wegen dieser Falschung angegriffen wurde, seelenruhig, diese Preissteigerung brauche bei der Berechnung der Entwicklung der Lebenshaltungskosten nicht berücksichtigt werden, denn "es sei eine Änderung der Verbrauchsgewohnheiten eingetreten und dieser müsse (vom statistischen Amt) durch den Übergang zur billigeren Sorte Rechnung getragen werden". "Wenn dies richtig wäre" schreibt der in Wien erscheinende "Österreichische Volkswirt" dazu, "dann wäre jede Lebenskostenindex-Berechnung sinnlos. Man könnte dann Kalbfleisch durch Pferdefleisch, Semmeln durch Brot, Bohnenkaffee durch Malzkaffee und Strassenbahnfahrscheine durch die Fahrradabnutzung ersetzen, alles mit der Motivierung einer Änderung der Konsumgewohnheiten. Ja, man könnte sogar noch die Mengen ändern, weil etwa jetzt weniger Milch und Eier verzehrt

werden als früher und hätte so vielleicht ein Bild der Konsumentwicklung aber keinen Lebenskostenindex."--Die katholische Diktatur wird künftig die Statistik geschickter fälschen lassen müssen.

Gaetano Salvemini:

Die Episode der Betriebsdelegierten im faschistischen Italien.

(ITF)Die deutschen Nationalsozialisten haben die Betriebsräte beseitigt und an ihre Stelle "Vertrauensrate"treten lassen.Die Wahlen zu diesen Schein-Vertretungen sind jetzt schon zum zweiten Mal abgesagt worden.Es ist fraglich,ob sie überhaupt noch einmal stattfinden werden.

Auch die Faschisten Italiens haben die von den Arbeitern gewählten Betriebsvertretungen beseitigt und die zum Ersatz eingesetzten "Betriebsdelegierten" nach kurzer Zeit wieder verschwinden lassen.

Bis 1925 hatten die Arbeiter in vielen Betrieben, vor allem in der Metallindustrie,jährlich Betriebsvertretungen gewählt,die sie bei Verhandlungen mit dem Unternehmer vertreten sollten.Die Wahlen fanden in den Betrieben statt.Kein einziger faschistischer Kandidat wurde je zurückgewiesen.Trotzdem ergibt das Resultat der Betriebsrätewahlen,die zwischen November 1924 und Frühjahr 1925 in den 24 Betrieben stattfanden und für die Ziffern zu erhalten waren, folgendes Resultat:für die Faschisten 605 Stimmen, für die Antifaschisten 8 887.

Den Faschisten war es zwar geglückt, die sozialistischen und christlich-demokratischen Gewerkschaften zu zerstören,aber sie konnten die Arbeiterschaft nicht von ihren früheren Führern fortlocken. Die Gewerkschaften arbeiteten weiter. Man musste daher auf andere Mittel sinnen,wenn die Arbeiter unter die Herrschaft der faschistischen Partei kommen sollten...

Der faschistische Grossrat entschied (im Juni 1925),dass die faschistischen"Gewerkschaften" künftig die einzigen legalen Arbeitervertreter sein sollten.Die Unternehmer erklärten sich damit einverstanden. Am 12. Oktober 1925 erkannte die Industriellenorganisation die faschistischen "Gewerkschaften" als einzige Vertreter ihrer Arbeiter an und versprach,mit keiner andern Organisation Verträge abzuschliessen.Als Gegenleistung ermächtigten die faschistischen Gewerkschaften die Industriellen,künftig die Betriebsvertretungen zu ignorieren.... Durch Notverordnung vom 15.November 1925 legalisierte die Regierung die Beseitigung der Betriebsräte.

Im Frühjahr 1928 begannen die faschistischen "Gewerkschaften" für jeden Betrieb oder Betriebsabteilung "Betriebsdelegierte" (Fiduciari di Fabbrica) zu ernennen,die Beschwerden der Arbeiter sammeln und sie dem Sekretär der zuständigen Organisation übermitteln sollten.Der "Lavoro Fascista" erklärte,diese Betriebsdelegierten seien unentbehrlich, falls die "Gewerkschaften" wirklich in der Lage sein sollten,nicht nur mit den Unternehmern Übereinkommen abzuschliessen,sondern auch die Durchführung dieser Übereinkommen zu überwachen. "Der Betriebsdelegierte ist der Schlussstein der Verbindungen zwischen den Lohnarbeitern und Gewerkschaften".

Eine gewisse Zahl Industrieller akzeptierte diese Delegierten.Aber die Industriellenorganisation weigerte sich,diese neue Institution,deren Einführung dem Oktoberabkommen 1925 widersprach,anzuerkennen.Die hartnäckigsten Industriellen entliessen die Delegierten und diejenigen Arbeiter, die als Mitglieder der Ortsausschüsse der faschistischen Gewerkschaften ihre Funktion zu ernst nahmen. Der (damalige) Vorsitzende des Industriearbeiterverbandes, Fioretti beschwerte sich darüber (im "Lavoro Fascista" vom 8. August 1929).Er schlug den Industriellen vor, diese Delegierten nur noch "Berichterstatter" (corrispondenti) zu nennen, die nicht zwischen Arbeitern und Unternehmern zu vermitteln, sondern nur die Gewerkschaftssekretäre zu informieren hätten. Weiteres Nachgeben aber sei unmöglich, denn "die Gewerkschaften haben das Recht, zu wissen, ob die Übereinkommen durchgeführt werden oder nicht."

Der Bruder Mussolinis schlug sich sofort auf die Seite der Industriellen und erklarte: "Die Frage der Betriebsdelegierten ist von nebensachlicher Bedeutung" ("Popolo d'Italia", 13.VIII.1929)"wichtiger ist es, den grösstmöglichen Reichtum zu produzieren." Unter Vorsitz Mussolinis wurde dann die ganze Frage nochmals geprüft und der Vorschlag der Betriebsdelegierten endgültig verworfen. Die Unternehmer hatten erreicht, was sie wollten.

Wir haben diese Darstellung (leicht verkürzt) mit besonderer Erlaubnis Prof. G. Salveminis seinem Buche "Under the Axe of Fascism"entnommen, einer ausgezeichneten Untersuchung der Lage der italienischen Arbeiter unter faschistischer Diktatur. Das ungemein materialreiche und trotzdem bis ins kleinste zuverlässig dokumentierte Buch sollte in keiner Redaktion und in keiner grösseren Bibliothek fehlen.Sein systematischer Aufbau und sein sorgfaltiges Stichwortverzeichnis machen es zu einem der wertvollsten Nachschlagwerke für die im antifaschistischen Kampfe stehenden Arbeiterorganisationen.

Richtigstellung : Auf Seite 67, am Ende der 7. Zeile von oben muss vor dass ein Anführungszeichen stehen.

"Gerechtigkeit" in Österreich.

(ITF) Die Österreichischen Bundesbahnen messen mit zweierlei Mass: im Bundesland Kärnten wurden fast alle im Anschluss an den Naziputsch vom Juli 1934 entlassenen Nazi-Eisenbahner wieder eingestellt, sogar ein gewisser Ponstingl, der seinerzeit in die Bundesbahn-Bezirksdirektion Villach Stinkbomben warf. Aber von den im Februar 1934 entlassenen Freigewerkschaftern wurde kein einziger wieder eingestellt.

40 Groschen für eine Überstunde.

(ITF) In Österreich haben die Zugbegleiter das Recht, Überstunden abzubummeln. Aber wegen des katastrophalen Personalmangels bei den Bundesbahnen bietet die Verwaltung gegenwärtig statt dessen einen Ausgleich in bar an: für jede Leistungsstunde 57 Groschen. Da diese fürstliche Summe nach dem Bundesbahnsanierungsgesetz noch um 30% gekürzt wird, erhält ein Zugbegleiter der österreichischen Bundesbahnen für eine Überstunde ganze 39,9 Groschen (= ca. schw. Fr. 0,82

"Befreite Reichsbahn"?

(ITF) Herr Hitler hat (am 18. Februar 1937) angeordnet, dass die "Deutsche Reichsbahngesellschaft" künftig "Deutsche Reichsbahn" heisst. Das musste gefeiert werden. Einige Tage nach Ankündigung dieses Gesetzes (am 4. Februar) mussten 20.000 Berliner Eisenbahner vor der Reichskanzlei aufmarschieren und Herrn Hitler für die "Befreiung der Reichsbahn von den letzten Reparationsfesseln" danken. Die deutsche Presse musste über diesen "Begeisterungsausbruch" ausführlich berichten. Doch ausser dieser Zwangsdemonstration der Berliner Eisenbahner konnte sie nicht viel melden, denn es ist nur zu gut bekannt, dass die "Deutsche Reichsbahn" seit 1931 keine direkten Reparationszahlungen mehr leistete, dass sie aber nach wie vor ca. 400 Millionen indirekte Reparationszahlungen in die Kasse des Dritten Reichs zahlen muss: 35 Millionen RM als Dividende auf seit dem Dawesplan (1924) dem Reich übergebenen "Vorzugsaktien" der Reichsbahn;
70 Millionen RM, die mit dem Dawesplan als "Beitrag an das Reich" eingeführt wurden;
295 Millionen RM Verkehrssteuer, 1924 als Beitrag zu den Reparationszahlungen des Reiches eingeführt, insgesamt hat die Reichsbahn noch eine Reparationslast von 400 Millionen zu tragen.

Mit Recht erklärt "Fahrt frei" dem Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands :"Die Reichsbahn ist nicht frei". Sie ist Reparationsobjekt geblieben. Eisenbahnkommissar, der das Aufbringen der Reparationssumme zu erzwingen hat, ist heute statt des Franzosen Levevre, der 1930 verschwand -- der Minister Dorpmüller.

Reparationsagent, der das Abliefern der Reparationssumme erzwingt ist heute statt Parker Gilbert -- Hitler.

Sonst hat sich bei der Reichsbahn nichts geändert.

Industrielle beherrschen die Deutsche Reichsbahn.

(ITF) Öffentliche Betriebe sind den Wirtschaftskapitänen verhasst: sie stärken die gemeinwirtschaftlichen Ansatze und engen das Gebiet der freien Profitwirtschaft ein. Und gleichzeitig sind gutgeleitete öffentliche Betriebe Schrittmacher sozialpolitischen Fortschritts. Die deutschen Wirtschaftskapitäne haben daher jede Gelegenheit benutzt, um das Vordringen der vor allem seit 1918 von den Arbeiterorganisationen geförderten öffentlichen Wirtschaft zu hemmen; sie haben kein Mittel gescheut, die sich hypernationalistisch gebärdenden Industriellen haben sich selbst mit dem "Erbfeind", mit den französischen Industriellen, verbündet, um das grösste öffentliche Unternehmen, die Deutsche Reichsbahn, der öffentlichen Hand zu entziehen. Haupttreiber dieses "wirtschaftlichen Landesverrats" waren der jetzige Wirtschaftsminister des Dritten Reiches, Dr. Schacht, die Ruhrindustriellen und Herr v. Siemens, die gleichen Herren, die heute die Reichsbahn kontrollieren.

Die Deutsche Reichsbahn entstand 1920 durch Zusammenlegung der einzelnen Ländereisenbahnen. Die Lieferindustrien haben vom ersten Tag an auf eine Gelegenheit gelauert, sich der Reichsbahn ganz zu bemächtigen. Der Ruhr-Industrielle Hugo Stinnes, dessen Konzern

durch einen Interessengemeinschaftsvertrag mit dem Siemenskonzern verbunden war, versuchte während der Inflationszeit, unter Ausnützung der Kassenschwierigkeiten des Reiches, die Reichsbahn in seine Hände zu bekommen. Der Plan missglückte. Er wurde auch nicht wieder aufgenommen. Geschäftstüchtigere Industrielle wollten die Reichsbahn nicht privatisieren, denn sie hätten damit auch das Risiko eines Betriebsdefizits übernehmen müssen, sie wollten die V e r w a l t u n g der Reichsbahn in die Hand bekommen, die Kontrolle des Parlaments und den Einfluss der Gewerkschaften weitgehend ausschalten, aber die Sorge für ein Defizit den Steuerzahlern überlassen. Um dieses Ziel zu erreichen, verbündeten sich die "nationalen" Industriekapitäne und Bankiers mit dem "Erbfeind", mit dem französischen Grosskapital.

Cuno, der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie (Hapag) bot während seiner Kanzlerschaft (am 7. Juni 1923) den Reparationsgläubigern die Reichsbahn als Spezialpfand an. Er wollte durch Verpfändung der Reichsbahn erreichen, dass das grösste Staatsunternehmen vollständig der öffentlichen Kontrolle entzogen und gemeinsam von den an den Reparationszahlungen interessierten Ländern und der deutschen Industrie verwaltet und geplündert würde. Das deutsche Grosskapital hatte Erfolg, wenn es auch sein Ziel nicht vollständig erreichte, da der "Erbfeind" nur am pünktlichen Eingang der Reparationszahlungen interessiert war, aber zunächst nicht an den Geschäften der deutschen Industriellen. Das Reich blieb nach wie vor Eigentümerin der Eisenbahn. Die Reichsbahn blieb der Staatshoheit unterstellt. Nur das Betriebsrecht wurde auf eine bestimmte Zeit dem Reich entzogen und auf die "Deutsche Reichsbahngesellschaft", die einen bestimmten Teil der Reparationslasten aufzubringen hatte, übertragen. Aber für ihr Geschäftsgebaren und ihre Personalpolitik wurde diese Deutsche Reichsbahngesellschaft weitgehend dem Einfluss des Parlaments und der allgemeinen Gesetze entzogen. Dem Personal gegenüber konnte der Generaldirektor -- ab 1926 der jetzige Verkehrsminister Hitlers, Dr. Dorpmüller! -- rücksichtslos auftreten, im Verwaltungsrat diktierte die Lieferindustrie, an der Spitze der Berliner Industrielle von Siemens, die Schwerindustriellen unter ihnen (seit 1930) Krupps Schwiegersohn, Freiherr von Wilamowski.

Die deutschen Gewerkschaften wandten sich gegen diese Ausnahmestellung der Reichsbahn mit aller Energie. Ihr Kampf gegen den Raubzug der Industriellen und gegen die Sonderentrechtung der deutschen Eisenbahner wurde von der I.T.F. und den der I.T.F. angeschlossenen Eisenbahner-Verbänden in vorbildlicher Solidarität unterstützt. Dieser zähe Kampf der Eisenbahner aller Länder schien (1929) das Spiel der deutschen Industrie durchkreuzen zu können. Die Vertreter der Reparationsgläubiger erklärten sich an der Personalpolitik der Reichsbahn uninteressiert. Da schrieb Hitlers jetziger Wirtschaftsminister, der sattsam bekannte Dr. Schacht (am 6. Juni 1929) einen Brief an Herrn Owen Young, den Leiter der Reparationskommission und forderte ihn auf, dafür zu sorgen, dass "der private und (von öffentlicher Kontrolle! Red.) unabhängige Charakter der Deutschen Reichsbahngesellschaft aufrechterhalten bleibt." Schacht reiste zu Krupp und im Schlosse des Kanonenkönigs beschlossen die Industriellen, ihre Beziehungen zur ausländischen Industrie spielen zu lassen. Der Berliner Industrielle von Siemens, einer der Hauptlieferanten der Reichsbahn, verhandelte ganz offen in diesem Sinne mit den ausländischen Industriellen. Die deutschen Industriellen und Banken, und ihr Exponent Dr. Schacht, wollten, solange die Gefahr einer parlamentarischen Kontrolle der Geschäftsgebarung und der Personalpolitik der Reichsbahn bestand, mit Hilfe des Auslands ihr einträgliches Geschäft sichern. Um die gleiche Zeit aber nahm Dr. Schacht Verbindung zu den Nationalsozialisten auf und nahm an den Kundgebungen der Nazis teil, die sich gegen den "Raubzug der Reparationsgläubiger" wandten!

Heute besteht in Deutschland keine Gefahr mehr für die Lieferindustrien der Reichsbahn. Die Vertreter der Lieferindustrien sitzen als "Sachverständige" im "Beirat der Deutschen Reichsbahn" und entscheiden über Aufträge an sie selbst. Zwar wurde die Reichsbahn (am 10. Februar 1937) wieder formell voll verstaatlicht, die Generaldirektion der Reichsbahn wird nicht mehr wie bisher von den im Verwaltungsrat Sitzenden bestimmt, sondern vom Kabinett ernannt werden, und der Generaldirektor ist jetzt zugleich Verkehrsminister. Aber das stört die Industriellen wenig, denn sie wissen, dass die Wirtschaftspolitik der Hitlerdiktatur, soweit die Aufrüstung es irgend gestattet, ihren Wünschen Rechnung trägt. Die formelle Verstaatlichung der Reichsbahn ist ein Zeichen dafür, wie sicher die Industriellen sich ihrer Herrschaft über die "Herren" des Dritten Reiches fühlt. Gegen Staatsunternehmungen, die zur Plünderung freigegeben werden, haben die beteiligten Industriellen nichts einzuwenden.